

DAS KONTRA

DAS VERBANDSMAGAZIN
DER JUSOS BW

1. AUSGABE 2026

WIE
GEHT'S
WEITER?

KÄMPFEN FÜR GERECHTIGKEIT



VORWORT

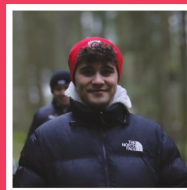
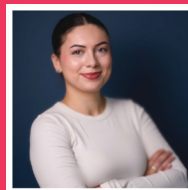
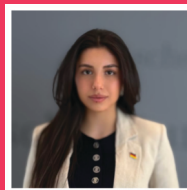
Liebe Jusos, liebe Genoss*innen,

wir sind mit dem Anspruch angetreten weiter Prints zu veröffentlichen und hier ist sie, die vierte KONTRA Print-Ausgabe zu einer LDK. Thematisch wird diese Ausgabe sich auf die Themen der Zeit konzentrieren, zum Beispiel, wie verändert KI unseren Arbeitsalltag und wie wir im Arbeitskampf weiterkommen oder wie es mit dem Bafög weiter geht, dazu ein Interview mit MdB Lina Seitzl. Aber auch Bildung, Feminismus, und Internationales wird nicht zu kurz kommen. Es gibt aber noch viele weitere Themen, die einer Betrachtung bedürften, wie der Krieg im Iran und das die Kooperation der EVP mit Rechtsaußen auf EU-Ebene, hierzu findet ihr Artikel auf unserer Webseite und auf unserem Instagram Account.

An dieser Stelle wollen wir auch noch einmal Werbung für unser Magazin machen, sei es im Artikel schreiben oder Social Media Posts erstellen. Wir sind offen für alle, die sich bei uns beteiligen wollen. Und wir wollen auch euch einen Mehrwert bieten, bspw. durch spannende Artikel, die ihr als Diskussions-aufhänger nutzen könnt bei euch vor Ort. Oder durch Pro-Contra Formate in denen ihr vielseitige Argumente zu Sachthemen erfahren könnt. Daher freuen wir uns auch auf euer Feedback und eure Wünsche. Denn eins ist klar, ihr seid unsere Zielgruppe und wir machen diese redaktionelle Arbeit für euch. In diesem Sinne wünsche ich euch im Namen von unserer gesamten Redaktion eine erfolgreiche, diskussionsfreudige und schöne LDK in Pforzheim.

Für die gesamte KONTRA-Redaktion
Mit solidarischen Grüßen

Julius Keller und Jana Katharina Sonntag
Chefredakteur*in



Impressum:

Das KONTRA-Magazin wird organisiert, mit Inhalten gefüllt, gestaltet und generell umorgt von der gewählten Redaktion, auch von freien Redakteur*innen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben ausschließlich die Meinung des*der Autor*in wieder.
V.I.S.D.P. Juso-Landesvorstand, Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

Inhalt

Vorwort	3
We're All In This Together	4
Zukunft wird nicht in der Vergangenheit gebaut	6
Medizinische Versorgungszentren als Geschäftsmodell	8
Arbeitskampf in Zeiten von KI	10
Was sich beim BAföG ändern muss	12
Europa ist mehr als Grenzen und Märkte	14
Hände weg von Kuba?	16
„Euch Frauen geht es doch gut genug, oder?“	18
Kein Mindestlohn für Menschen mit Behinderung in Werkstätten für behinderte	20
Wenn Frauen sterben, weil sie Frauen sind	22

Layout & Design: Lars Augustin
Illustration Cover: Lars Augustin

Keine Illustration oder Grafik in diesem Magazin wurde mit KI erstellt

Von links nach rechts

Julius Keller
Jana Katharina Sonntag
Anise Hatice Ar
Felix Wittmann
Paulina Maria Rogg
Rachel Sprio
Leandro Ceddia
Elias Grohmann

WE'RE ALL IN THIS TOGETHER



Robin Mesarosch und Isabel Cademartori haben es geschafft, in der SPD-Baden-Württemberg strömungsübergreifend Lager zu einen, die wahrscheinlich nie daran gedacht haben, miteinander an einem Strang zu ziehen. Das kann eine Chance für unseren Landesverband sein, nicht nur bei der SPD, sondern auch bei uns Jusos.

Vorab: Strömungen sind Zusammenschlüsse von Mitgliedern und Funktionären in einer Partei, um die Richtung des Verbandes programmatisch oder personell in eine gewisse Richtung zu prägen. Es gibt sie in jeder Partei auf

Landes- und Bundesebene. Das ist per se nichts Schlechtes - ganz im Gegenteil. Die Stärke der SPD zeichnete sich lange Zeit dadurch aus, durch die innerparteiliche Meinungsvielfalt gesellschaftlich breite Mehrheiten organisieren zu können. Robin und Isabel kommen aus unterschiedlichen Ecken unseres Landesverbands räumlich sowie inhaltlich und wollen diese ehemalige Stärke nutzen, um der SPD in Baden-Württemberg ein Profil zu geben, das wieder wahrgenommen wird. Die Tendenz, in der SPD strömungsübergreifend für einen gemeinsamen Grundkonsens einzu-

stehen, besser im Umgang miteinander zu werden und unsere Kräfte zu bündeln zeichnet sich auch, wenn eher unabhängig von den Entwicklungen in der SPD, auf der Juso-Ebene ab. Diese spürbare Veränderung möchte ich beschreiben, um an ihr festzuhalten und weiterzuarbeiten im kommenden Arbeitsjahr.

Strömungen gibt es auch auf der Juso- Ebene. Es gibt die Juso-Linke (JL), das Neue Linke Forum (kurz auch Forum) und mittlerweile auch die Unabs. Fast alle Kreisverbände sind inzwischen Teil einer Strömung, wobei man nur weil man Mitglied eines Kreisverbandes ist, nicht zwingend Teil der gleichen oder überhaupt Teil einer Strömung sein muss. Ich kann nicht auf besonders viele Jahre Juso Mitgliedschaft oder eine Funktion als Kreisvorsitzender verweisen. Ich kann nur aus der Sicht eines Basismitglieds einen Verband beschreiben, dem ich bei der LDK 2023 in Freiburg beigetreten bin und der sich seitdem verändert hat.

Was ich beobachten konnte, war ein zumindest oberflächlich "friedlich" wirkendes erstes Jahr. Ein Jahr, in dem ich sehr wenig von der Landesebene wusste und noch weniger von Strömungen. Dann kam die „Krisen-LDK“ 2024 in Mannheim, bei der ich gar nicht wusste, worin die Krise bestand, und ich glaube, ich bin da nicht der Einzige. Der damalige Bewerber für den Landesvorsitz der Jusos Baden-Württemberg erhielt weder auf den ersten noch auf den zweiten Anlauf eine Mehrheit, obwohl es keine Gegenkandidatur gab. Ähnlich wie bei der Kanzlerwahl braucht man bei uns 50% der Stimmen, um gewählt zu werden. Während Friedrich Merz beim zweiten Mal gewann, fiel er auch beim zweiten Mal durch. Nach mehrstündiger Unterbrechung hat sich eine Kandidatin beworben, die ebenfalls keine Mehrheit erhielt. Daraufhin wurde entschieden, die Wahl des gesamten Vorstandes auf den Sonntag zu verschieben. Es war chaotisch. Manche haben Tränen vergossen, andere

wussten nicht so recht was passiert. Manche haben sich in großen Kreisen besprochen, andere in kleineren Kreisen nicht gewusst wohin mit sich. Am Sonntag kam allerdings die Wendung. Der gesamte ehemalige Vorstand ist zurückgetreten und ein gemeinsamer Vorschlag mit Daniel Krusic als Landesvorsitzenden und Stellvertretenden aus allen Strömungen wurde gewählt. Was darauf folgte war für mich eine spürbare Veränderung, weil mein Eindruck war, dass sich die Landesebene für viele im Verband aufschloss.

Und doch war das Arbeitsjahr 2024/2025 nach der LDK in Mannheim von persönlichen Konfrontationen inszenierten Konflikten zwischen Strömungen und Pauschalurteilen geprägt. Mit der Wahl des Landesvorstandes auf der LDK 2025 in Aalen hat sich das Blatt erneut gewendet. Erstmals

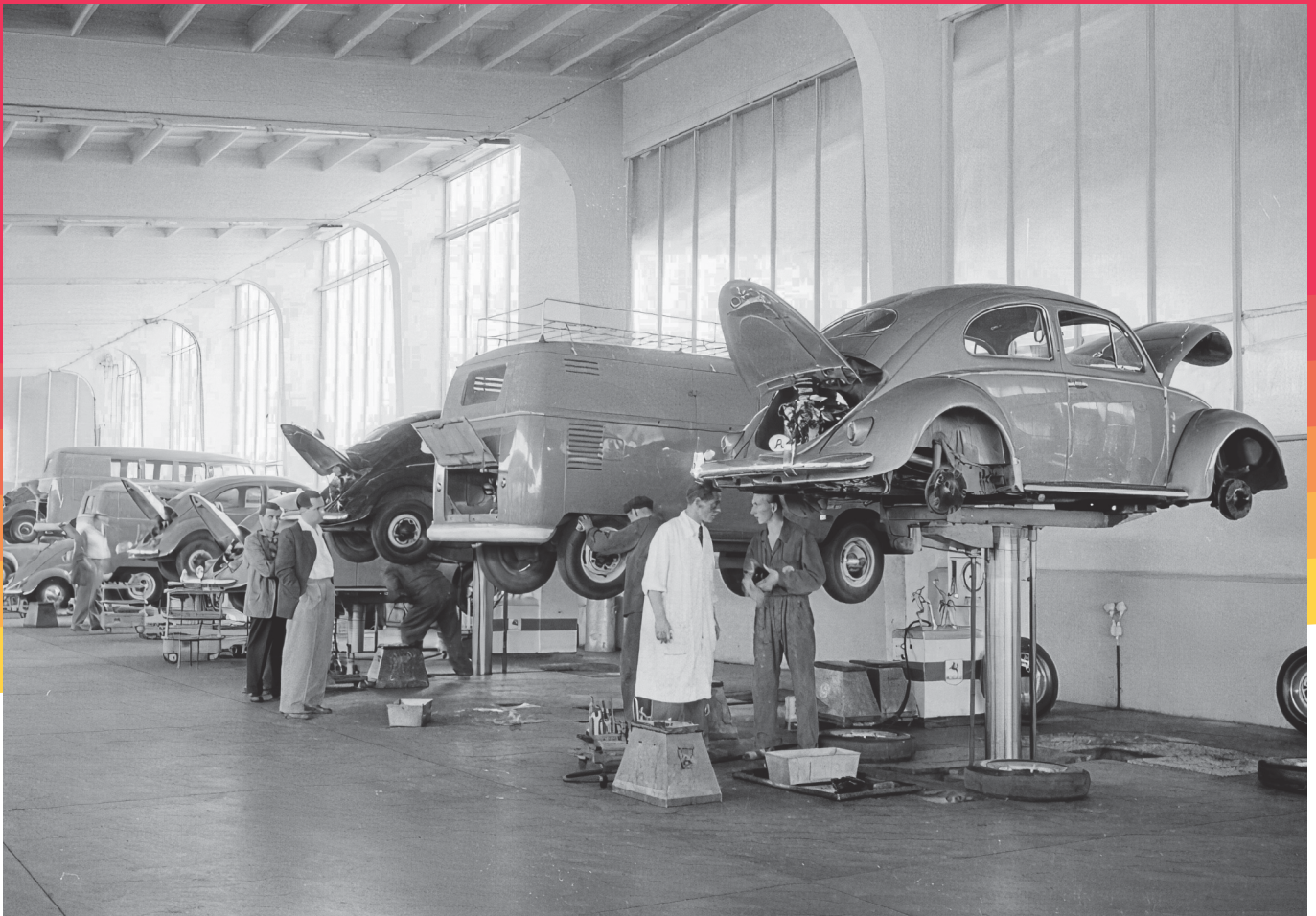
wird auf Landesausschüssen über Strömungen geredet und von Verhandlungen und Willensbildungen wird transparent berichtet. Das ermöglichte an zahlreichen Stellen einen konstruktiven Austausch, von dem alle profitieren. Was ich zumindest in diesem Arbeitsjahr erleben und beobachten konnte, war eine versöhnlichere Stimmung. Eine Stimmung, die die Landesebene zugänglicher machte, Streit in der Sache ermöglicht hat und die inhaltliche Arbeit wieder in den Mittelpunkt stellte, ohne den Spaß zu vernachlässigen. All das liegt auch einem Reflexionsprozess in und zwischen JL, Forum und Unabs zugrunde, welcher seit Dezember 2025 läuft.

Strömungsauseinandersetzungen gehören vielleicht zum politischen Betrieb dazu, aber sie sind erschöpfend und anstrengend. Beim Umhören in unserem Verband war das das bestimmende Gefühl, wenn es um die Landesebene ging. Wir haben dieses Gefühl nicht ganz, aber in Teilen überwunden. Das mobilisiert viele Mitglieder an Landesveranstaltungen, (auf die prinzipiell jede*r darf!) und an Bundesveranstaltungen, (auf die auch jede*r darf), teilzunehmen. An den Bundesveranstaltungen, an denen ich in diesem Arbeitsjahr teilgenommen habe, war Baden-Württemberg immer (mit) am stärksten vertreten. Das ist ein starkes Signal für unseren Landesverband. Auch haben wir mit Gidion Zieten ein Mitglied im Bundesvorstand für BaWü, das regelmäßig von der Bundesebene berichtet und seine Arbeit transparent macht. An dieser neu gewonnenen Stimmung im Landesverband sollten wir festhalten. Denn ich habe es schon mal gesagt: Der politische Gegner steht nicht in unseren Reihen. Nur gemeinsam haben wir eine Chance gegen die braune Welle in blauem Gewand anzukommen und die Sozialdemokratie in Baden-Württemberg wieder stark zu machen.

Gerade nach dem letzten Wahlergebnis brauchen wir einen aktiven Verband, in dem jede Stimme sich gehört fühlt. Gerade weil die SPD 10 Abgeordnete im Landtag hat. Das ist peinlich, traurig und so oft wie der 8. März als Weckruf bezeichnet wurde, müssten wir jetzt alle wach sein. Das bedeutet nicht Einheit um der Einheit willen, sondern harter Streit in der Sache, fair im Umgang und am Ende der gemeinsame Kampf auf der Straße. Ich weiß, dass dieses Wort schon oft viel - trotzdem. Wir haben jetzt eine Chance – vielleicht sogar die letzte Chance, um nicht wie die FDP zu verenden. Eine Chance, die bestehenden gesellschaftlichen Mehrheiten für unsere Inhalte zu nutzen, in Wahlverhalten zu übersetzen und Mehrheiten zu schaffen, wo sie noch fehlen.

von Leandro Ceddia

DIE ZUKUNFT WIRD NICHT IN DER VERGANGENHEIT GEBAUT



Deutschland war lange das Land der Ingenieur*innen, Maschinenbauer und Exportweltmeister. „Made in Germany“ galt weltweit als Qualitätssiegel. Doch heute steht die deutsche Wirtschaft vor einer ihrer größten Herausforderungen seit Jahrzehnten. Unternehmen verlagern Investitionen ins Ausland, die Industrieproduktion

stagniert und immer häufiger wird die Frage gestellt: Verliert Deutschland seine wirtschaftliche Stärke? Die Antwort darauf ist komplizierter als manche politische Schlagzeile vermuten lässt. Denn Deutschland erlebt nicht nur eine wirtschaftliche Schwächephase. Es erlebt einen tiefgreifenden Wandel.

Eine Wirtschaft im Umbruch

Viele der Branchen, die Deutschlands Wohlstand über Jahrzehnte geprägt haben, befinden sich mitten in einer Transformation. Die Automobilindustrie muss den Wechsel zur Elektromobilität bewältigen. Produktionsprozesse werden digitalisiert. Künstliche Intelligenz verändert ganze Geschäftsmodelle. Gleichzeitig wächst die internationale Konkurrenz. Besonders China hat sich vom Produktionsstandort zum technologischen Wettbewerber entwickelt. Während deutsche Unternehmen früher vor allem Produkte nach China exportierten, konkurrieren sie heute zunehmend mit chinesischen Unternehmen auf dem Weltmarkt. Hinzu kommen hohe Energiepreise, komplexe Genehmigungsverfahren und ein zunehmender Fachkräftemangel. Die wirtschaftlichen Herausforderungen sind real. Doch sie sind nicht unlösbar.

Investieren statt kaputtsparen

In wirtschaftlichen Krisenzeiten wird häufig über Einsparungen gesprochen. Doch die entscheidende Frage lautet nicht nur, wo der Staat Geld ausgibt, sondern wo er investiert. Straßen, Schienen, Schulen, Digitalisierung und erneuerbare Energien sind keine Luxusprojekte. Sie sind die Grundlage zukünftiger Wettbewerbsfähigkeit. Wenn Unternehmen Standorte auswählen, achten sie nicht nur auf Steuern. Sie achten auf funktionierende Infrastruktur, qualifizierte Arbeitskräfte und moderne Technologien. Eine starke Wirtschaft entsteht nicht durch Stillstand, sondern durch Zukunftsinvestitionen.

Der Fachkräftemangel als Wachstumsbremse

Während über Rezessionen diskutiert wird, suchen viele Unternehmen gleichzeitig händeringend nach Beschäftigten. Ob Pflege, Handwerk, IT oder Industrie, in zahlreichen Bereichen fehlen Fachkräfte. Dadurch entstehen nicht nur Probleme für Unternehmen, sondern auch für die gesamte Volkswirtschaft. Deshalb braucht Deutschland eine Bildungs- und Ausbildungspolitik, die Menschen Chancen eröffnet und Fachkräfte gezielt fördert. Gleichzeitig wird qualifizierte Einwanderung eine immer wichtigere Rolle spielen. Die Frage ist längst nicht mehr, ob Deutschland internationale Fachkräfte braucht. Die Frage ist, wie attraktiv Deutschland für sie sein kann.

Wirtschaft braucht Gerechtigkeit

Wirtschaftlicher Erfolg darf jedoch nicht allein an Unternehmensgewinnen gemessen werden. Wenn Menschen trotz Arbeit kaum ihre Miete bezahlen können,

wenn junge Menschen Angst vor ihrer Zukunft haben oder wenn Vermögen immer ungleicher verteilt werden, entsteht gesellschaftliche Unsicherheit. Eine moderne Wirtschaftspolitik muss deshalb Wachstum und soziale Gerechtigkeit zusammen denken. Denn wirtschaftliche Stärke entsteht nicht gegen die Beschäftigten, sondern mit ihnen.

Die Entscheidung unserer Generation

Die Debatte über die Zukunft Deutschlands wird oft so geführt, als müsse man sich zwischen Klimaschutz und Wirtschaft, zwischen Innovation und sozialer Sicherheit oder zwischen Globalisierung und nationalen Interessen entscheiden. Doch die eigentliche Herausforderung besteht darin, diese Gegensätze zu überwinden. Deutschland wird seine wirtschaftliche Zukunft nicht sichern, indem es an den Erfolgsmodellen der Vergangenheit festhält. Es wird sie sichern, indem es den Mut hat, neue Wege zu gehen. Die Frage ist deshalb nicht, ob sich die Wirtschaft verändern wird. Die Frage ist, ob wir bereit sind, diesen Wandel aktiv zu gestalten. Deutschland steht nicht vor der Wahl zwischen wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Gerechtigkeit. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, beides miteinander zu verbinden. Die Transformation unserer Wirtschaft wird kommen, ob durch Digitalisierung, Klimaschutz oder globale Konkurrenz. Die Frage ist deshalb nicht, ob sich etwas verändert, sondern wer von diesem Wandel profitiert. Als Sozialdemokrat*innen dürfen wir wirtschaftlichen Fortschritt nicht allein dem Markt überlassen. Wir müssen dafür sorgen, dass Innovation Wohlstand schafft, der bei den Menschen ankommt. Dass neue Technologien gute Arbeitsplätze ermöglichen. Und dass wirtschaftliche Stärke nicht auf Kosten sozialer Sicherheit entsteht.

Die Zukunft wird nicht von denen gestaltet, die an alten Erfolgsmodellen festhalten. Sie wird von denen gestaltet, die den Mut haben, neue Wege zu gehen. Deutschland hat das Potenzial, auch in den kommenden Jahrzehnten ein starker Wirtschaftsstandort zu bleiben. Doch dafür braucht es Investitionen, Mut zur Veränderung und eine klare politische Vision. Denn eine starke Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie ist die Grundlage für sozialen Zusammenhalt, Chancen und Wohlstand für alle.

von Anise Hatice Ar

**MEDIZINISCHE
VERSORGUNGSZENTREN
ALS GESCHÄFTSMODELL**

**NICHT
MIT
UNS!**



Medizinische Versorgungszentren (MVZ) werden in Deutschland seit mehreren Jahren immer häufiger gegründet. Das Ziel ist eine verbesserte ambulante Versorgung durch mehrere Fachpraxen an einem Ort. Zudem können Ärztinnen und Ärzte dort sich in ein Angestelltenverhältnis bringen und sich mehr auf die medizinische Versorgung fokussieren, statt sich mit der Verwaltung des „eigenen Unternehmen“ zu beschäftigen. Im Prinzip eine „Win-Win“-Strategie. Die Realität sieht jedoch leider ganz anders aus.

Zunehmend werden MVZ von Investoren im größeren Stil betrieben. Praxen werden übernommen, geschlossen und an einen anderen Standort verlagert, um mehr Profit für das eigene Unternehmen zu schaffen. Die Wohnortnahe Versorgung wird für viele Patientinnen und Patienten insbesondere mit eingeschränkter Mobilität immer schwieriger. Vor allem in der ländlichen Gegend sind kaum noch Facharztpraxen, da sich diese in MVZ in den Ballungsräumen umlagern.

Für junge Ärztinnen ist es zu dem schwieriger eine eigene Praxis zu gründen, ohne von einem Investor unter Druck zu stehen. Und das, obwohl sich die Gesellschaft eine persönliche, zuverlässige und wohnortnahe Versorgung wünscht. Zudem mehren sich die Berichte aus allen Bundesländern, ebenso wie in Baden-Württemberg, dass in den Praxen nicht die medizinische Versorgung im Vordergrund steht, sondern der finanzielle Gewinn. So werden unnötige Überweisungen an andere Fachabteilungen weitergeben, welche für den gleichen Investor angestellt sind. Die Folge sind ein erhöhter Aufwand für das Gesundheitssystem, eine finanzielle Belastung für das Gesundheitssystem und eine große Verunsicherung für die erkrankten Betroffenen. Welche Folgen diese unnötigen Verzögerungen für die Behandlung hat, ist dabei unklar.

Was soll sich also ändern? Grundsätzlich wird mehr Transparenz notwendig, um Eigentümerstrukturen und Kapitalflüsse besser überwachen zu können. Unternehmen, bei denen das finanzielle Interesse über die medizinische Versorgung geht, können so besser identifiziert werden. In diesem Zug sollten Übernahmen oder Gründungen von MVZ durch finanzorientierte Gesellschaften generell verboten oder stark reguliert werden. Die Gesundheitsversorgung darf kein Geschäftsmodell sein. Es muss sich rein an der medizinischen Versorgung orientieren. Auch wenn in Deutschland weiterhin geschäftsfähig sein müssen, sollte eine zunehmendes Interesse an Gewinnen durch medizinische Versorgung streng unterbunden werden.

Viel zu häufig finden sich an Ballungsorten viele Zentren, während insbesondere auf dem Land kaum noch Praxen zu finden sind. Die Niederlassung im ländlichen Raum mit einer Unterversorgung muss deutlich unterstützt werden. Fachärztliche Interessierte müssen unterstützt werden, wenn sie eine eigene Praxis übernehmen oder gründen möchten.

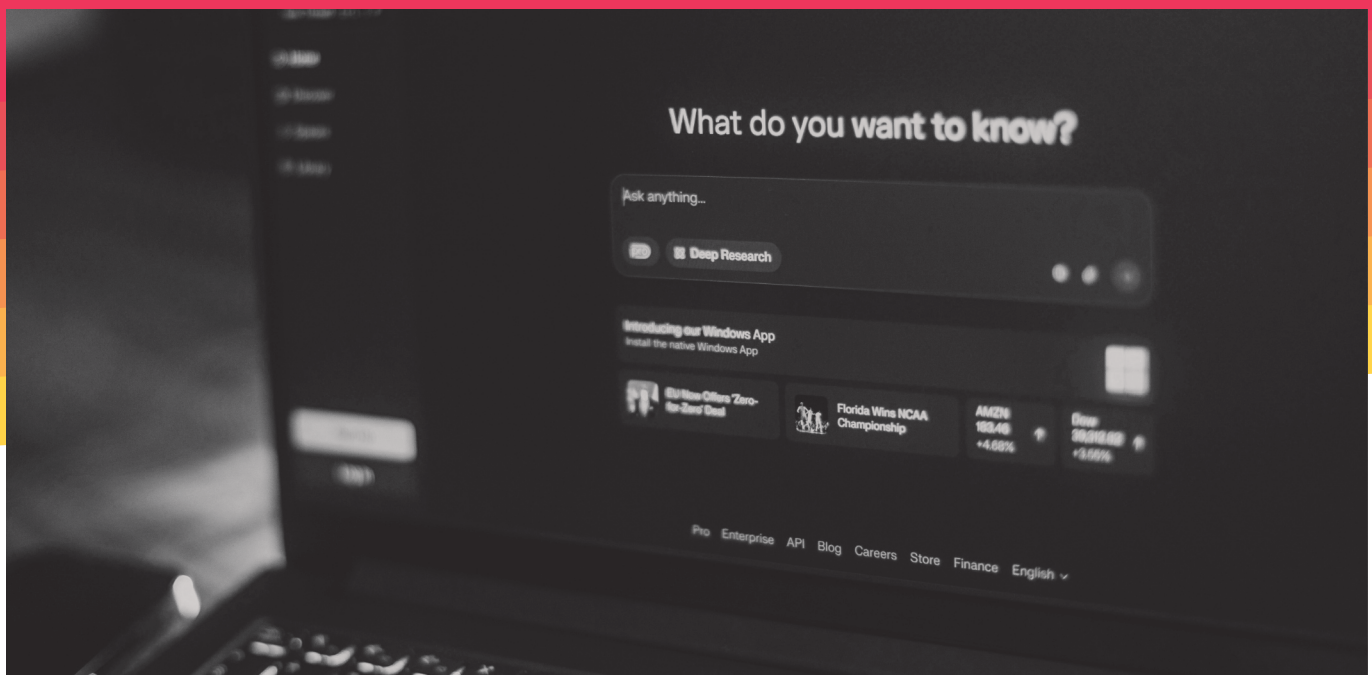
Durch finanzielle Unterstützung und einer Entbürokratisierung für interessierte Ärztinnen und Ärzte können attraktive Anreize erfolgen. Besonders in Versorgungsgebieten mit geringer ambulanter ärztlicher Versorgung soll damit die Ärztedichte erhöht werden. So kann die ländliche Versorgung durch einfachere Niederlassung verbessert werden.

Doch nicht nur die Niederlassung soll unterstützt werden. Auch der Erhalt bestehender Praxen muss unterstützt werden. Um ein Abwandern der Praxisstandorte zu gewährleisten, sollte die regionale Bedarfsplanung strenger werden. Es sollte Investoren nicht möglich sein, eine Praxis an einen anderen Standort zu verlegen. Vor allem, wenn der Standort für die betroffenen Personen vor Ort weitere Anfahrtswege bedeutet und sich die flächendeckende Versorgung verschlechtert. Dazu müssen Reformen gebildet, Ordnungen und gegebenenfalls auch Gesetze gestärkt werden. Denn eine konstante Bindung, sowie leicht erreichbare medizinische Versorgung für alle muss das Ziel sein.

An dieser Stelle wird häufig argumentiert, dass es für ärztliches Personal einfacher ist, sich einem MVZ anstellen zu lassen. Doch es stehen viel Ärztinnen und Ärzte bereit einen Kassensitz zu übernehmen. Das betrifft insbesondere die junge Generation an Medizinerinnen und Mediziner. Dementsprechend sollen selbstständigen Ärztinnen und Ärzte Vorrang vor Investoren ermöglicht werden. Verantwortlich für die Vergabe von Kassensitzen sind Kassenärztliche Vereinigungen. Diese sollen an dieser Stelle nicht als Schuldige dargestellt werden. Ganz im Gegenteil, sie sollen durch Vorgaben gestärkt werden. Da es auch im Interesse der Kassenärztlichen Vereinigungen liegt, eine flächendeckende ärztliche Versorgung umzusetzen, sowie Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen. Zudem sollten sich Interessierte bereits während der Fachweiterbildung für einen Kassensitz melden können, damit diese bevorteilt werden können und eine bedarfsgerechte Versorgung frühzeitig geplant werden kann.

Um das zu ermöglichen, sollte die Kassenärztliche Vereinigung neue Befugnisse bekommen, entsprechende Kassensitze nach strengeren Maßgaben zu verteilen. Es wird viel Aufwand für das Vorhaben notwendig sein. Doch ebenso ist der Aufwand notwendig für eine gute Versorgung. Die Folgen wären eine bessere und verlässliche Gesundheitsversorgung. Zudem würden Gesundheitskosten durch unnötige Konsultierungen reduziert werden und gleichzeitig mehr Termine für die indizierten Überweisungen zur Verfügung stehen. Nur eine Gruppe an Menschen wird an diesem Konzept keinen Gefallen finden. Die Konzerne und Gesellschaften selbst. Den zu erwartenden Widerstand gilt es gegenüberzustehen für mehr Gerechtigkeit und eine gute Versorgung für alle.

WENN MASCHINEN ÜBER MENSCHEN ENTSCHEIDEN: ARBEITSKAMPF IN ZEITEN VON KI



Es ist 2050. Du arbeitest seit über 30 Jahren in einem großen Industrieunternehmen. Mit deinem Gehalt konntest du dich bisher gut über Wasser halten und ein gutes Leben führen. Doch die Arbeitswelt hat sich verändert. Dein Chef ist kein Mensch mehr, sondern eine Künstliche Intelligenz. Dein Arbeitgeber befindet sich in einem großen Umbruch. Prozesse müssen effizienter werden, der Druck durch global agierende Konzerne ist enorm. Diese überlassen wichtige Entscheidungen schon lange der KI, wird dir gesagt.

Was du nicht weißt: Du stehst längst auf einer schwarzen Liste. Die KI hat bereits vor langer Zeit entschieden, lange

bevor du überhaupt daran gedacht hast, deinen Job verlieren zu können, dass „ausortiert“ werden muss. Nur so könnten Effizienz gesteigert und Gewinne maximiert werden. Während du nichtsahnend an deinem Arbeitsplatz sitzt und auf den Bildschirm schaut, hat dich die betriebsinterne KI längst im Blick. Wie lange schaut du auf den Bildschirm, ohne die Maus zu bewegen? Wie schnell tippst du? Unterhältst du dich mit Kolleg*innen während der Arbeit? Wie oft holst du dir Kaffee, und wie lange gehst du auf die Toilette?

Plötzlich bekommst du eine Mail. Sie ist von deinem Chef,

also der Künstlichen Intelligenz. Darin steht: „Aufgrund gemessener Leistungsdaten haben wir festgestellt, dass du zu den unteren 50% der Mitarbeiter*innen im Unternehmen gehörst. Um unsere Effizienz zu steigern, werden wir im kommenden Jahr die leistungsschwächsten Mitarbeiterinnen ersetzen. Du hast noch sechs Monate, um dich zu verbessern.“

Dir bleiben zwei Optionen: anpassen, freiwillig Überstunden machen, maximale Effizienz, keine Gespräche mehr mit Kolleg*innen, keine Pausen mehr. Selbst der Toiletten-gang muss so kurz wie möglich sein. Alles über zwei Minuten könnte bereits negativ auffallen.

Oder du gerätst in Gefahr, arbeitslos zu werden. Andere Unternehmen werden dich nicht nehmen, weil die KI global vernetzt ist und Daten untereinander austauscht. Auf Arbeitnehmer*innen wird der maximale Druck aufgebaut. Wer nicht mithält, verliert und endet in der Armutsspirale.

Was sich wie eine dystopische Erzählung anhört, könnte schon in naher Zukunft Realität werden. Natürlich sind solche Szenarien spekulativ. Aber wenn wir Politik für Arbeitnehmer*innen machen wollen, müssen wir in solchen Szenarien denken. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass diese Entwicklung keineswegs unwahrscheinlich ist.

Vor der industriellen Revolution im 18. Jahrhundert hätte kaum jemand gedacht, dass technologische Fortschritte den Arbeitsmarkt so radikal verändern würden. Während Fortschritt etwa in Medizin und Mobilität die Grundlage unserer heutigen Gesellschaft bildet, war die industrielle Revolution für viele Arbeitnehmerinnen zunächst eine Katastrophe: 14–16-Stunden-Schichten und 6-Tage-Wochen bei niedrigen Löhnen und unter schlimmsten Bedingungen waren die Folge. Kinderarbeit war ganz normal, Urlaub gab es nicht oder nur wenig, und einfache Arbeiter*innen litten unter miserabler Gesundheit und kurzen Lebenserwartungen. Auf der anderen Seite wurden einige wenige Fabrikbesitzer plötzlich reich.

Diese Entwicklung war kein Zufall, sondern die logische Folge der kapitalistischen Logik von Profitmaximierung. Wenn Arbeit zur bloßen Ressource wird, bedeutet „Effizienz“ Ausbeutung. Arbeiter*innenrechte, wie die 5-Tage-Woche, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder der 8-Stunden-Tag mussten erst hart und zum Teil blutig von Gewerkschaften und Sozialdemokrat*innen erkämpft werden, die im Schulterschluss gegen das Machtungleichgewicht von Kapital und Arbeit angekämpft haben und den Arbeiter*innen eine nicht zu ignorierende Stimme gegeben haben.

Vor ähnliche Herausforderungen kann uns auch KI stellen.

Wenn KI zentrale Unternehmensentscheidungen, etwa über Personal, eigenständig trifft, stellt sich die Frage: Nach welchen Maßstäben handelt sie? Sicher nicht mit dem Ziel, sich für Arbeitnehmer*innen einzusetzen. Ohne politische Regulierung wird sie darauf ausgerichtet werden, Effizienz nach der Logik der Profitmaximierung weiter zu steigern und dabei rechtliche Grauzonen konsequent auszunutzen und Arbeiter*innenrechte dramatisch auszuhöhlen. Denn machen wir uns nichts vor: Die KI wird das um Längen besser hinbekommen, als sich jeder Fabrikbesitzer im 18. Jahrhundert das hätte erträumen können.

Hinzu kommt: KI reproduziert bestehende diskriminierende Muster, etwa Sexismus oder Rassismus. In sensiblen Bereichen wie Polizei, Justiz oder Militär kann sie Entscheidungen beeinflussen, die über Freiheit oder sogar Leben und Tod bestimmen. Der Einsatz solcher Systeme, etwa in der Strafverfolgung oder militärischen Zielauswahl, ist bereits Realität. Diskriminierende Muster, wie Racial Profiling oder sexistische und ableistische Vorurteile in Personalentscheidungen, könnten sich dramatisch verschärfen, und das ohne jede Form von Transparenz oder Kontrolle.

Und dennoch bringt KI auch Chancen. Sie kann Beschäftigte entlasten, monotone Aufgaben übernehmen und Prozesse effizienter gestalten. Sie kann wichtige Fortschritte für unsere Gesellschaft ermöglichen, etwa in der Gesundheitsversorgung, beim Zugang zu Bildung, in der Verwaltung oder im Katastrophenschutz. KI ist damit zugleich Chance und Risiko. Klar ist: Die Frage, wie sie eingesetzt wird, ist politisch umkämpft. Wird sie im Interesse von Profitmaximierung auf Kosten der Beschäftigten genutzt, oder im Interesse der Gesellschaft?

Wenn die SPD den Anspruch erhebt, eine Partei der Arbeit zu sein, darf sie dieser zentralen Frage nicht länger ausweichen. Es braucht klare politische Antworten, um zu verhindern, dass wir bei den Rechten von Arbeitnehmer*innen hinter hart erkämpfte Standards zurückfallen. Angriffe auf den Sozialstaat finden bereits heute statt, eine unregulierte Entwicklung von KI könnte diese Dynamik dramatisch verschärfen.

Für uns Jusos ist klar: KI darf nicht zur Waffe gegen Arbeiter*innen werden, sondern muss der Gesellschaft dienen. Dieses Verständnis in die SPD zu tragen und sie zu einer konsequenten Auseinandersetzung mit KI und Arbeitswelt zu bewegen, ist eine unserer zentralsten Aufgaben. KI kennt keine Gerechtigkeit, es liegt an uns, sie durchzusetzen.

von Elias Grohmann

BILDUNGSSCHANCEN UNTER DRUCK: WAS SICH BEIM BAFÖG ÄNDERN MUSS

Lina Seitzl, MdB, kämpft seit Jahren für eine grundlegende BAFöG-Reform. Im Gespräch erzählt sie, warum Bildungsförderung für sie persönlich so wichtig ist, weshalb so viele Studierende ihren Anspruch gar nicht kennen und was die Reform jetzt konkret bringen soll.

Kontra Lina, du kennst das BAFöG aus zwei Perspektiven: als Politikerin, die sich seit Jahren dafür einsetzt, und als jemand, der das BAFöG selbst bekommen hat. Was bedeutet dir dieses Thema persönlich und warum ist es gerade für Studierende in Baden-Württemberg so wichtig?

Lina Seitzl Beim BAFöG geht es ganz klar um Bildungsgerechtigkeit. Darum, dass jeder Mensch unabhängig vom Geldbeutel der Eltern den Bildungsweg gehen kann, den er oder sie gehen möchte. Ich habe selbst vom BAFöG profitiert und weiß, was es bedeutet, wenn diese Förderung da ist. Für viele Menschen in Deutschland ist das BAFöG überhaupt die Voraussetzung dafür, ein Studium beginnen zu können.

Gerade in Baden-Württemberg, wo die Mieten hoch und das Leben insgesamt teuer ist, ist das nochmal besonders wichtig. Wir sehen ganz klar: Wer kein BAFöG bekommt, jobbt häufiger neben dem Studium, studiert länger oder bricht das Studium sogar ab.

Kontra Das BAFöG hat in den vergangenen Wahlperioden einige Reformen erlebt. Was hat sich davon wirklich bei den Studierenden bemerkbar gemacht?

Lina Seitzl Das BAFöG gibt es schon seit den 1970er Jahren und es hat sich seitdem stark verändert, viele Jahre leider nicht unbedingt zum Besseren. In den letzten Jahren hat sich aber wieder einiges getan.

Die Bedarfssätze wurden deutlich angehoben und vor allem die Freibeträge erhöht, also das Einkommen der Eltern, ohne dass der BAFöG Anspruch direkt wegfällt. Dadurch erreicht das BAFöG inzwischen auch wieder mittlere Einkommensschichten. Außerdem wurde die Altersgrenze auf 45 Jahre angehoben. Und mit BAFöG Digital gibt es inzwischen endlich die Möglichkeit, den Antrag online zu stellen.

Besonders wichtig finde ich auch die neue Studienstarthilfe. Junge Menschen aus Familien, die Sozialleistungen beziehen und ein Studium beginnen, können relativ unkompliziert 1.000 Euro beantragen, etwa für Umzug, Möbel oder einen Laptop. Das war eine Forderung von arbeiterkind.de, die wir gut fanden und umgesetzt haben.

Kontra Und trotzdem erhalten nur 12 Prozent aller Studierenden BAFöG, obwohl gut ein Drittel armutsgefährdet sind. Eine aktuelle Studie zeigt sogar, dass 70 Prozent der Anspruchsberechtigten gar nicht wissen, dass ihnen im Schnitt 635 Euro monatlich zustehen würden. Was läuft da schief?

Lina Seitzl Diese Zahlen sind wirklich erschreckend, weil sie zeigen, dass das BAFöG viele Menschen gar nicht erreicht, obwohl sie Anspruch hätten. Ein Grund ist sicher, dass die Freibeträge in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sind, dieses Wissen bei vielen Studierenden aber noch gar nicht angekommen ist. Viele gehen automatisch davon aus, keinen Anspruch zu haben, obwohl zumindest eine Teilförderung möglich wäre, die im Alltag schon sehr helfen kann.

INTERVIEW

Ein zweiter Punkt ist, dass BAföG für viele junge Menschen trotzdem mit Schulden verbunden ist. Zwar muss nur die Hälfte zurückgezahlt werden und auch nur bis zu einer Höhe von etwas mehr als 10.000 Euro, aber gerade für Menschen ohne finanzielles Backup bleibt das eine Hürde, weil es Schulden sind, die zurückgezahlt werden müssen. Dazu kommt, dass die Anträge oft noch immer kompliziert sind und die Bearbeitung lange dauert. Viele scheuen dann den Aufwand, weil sie gar nicht wissen, ob sie am Ende überhaupt etwas bekommen.

Und schließlich sind viele Studierende darauf angewiesen, dass die Eltern bei den Einkommensangaben mitwirken. Es gibt Situationen, in denen Eltern sich weigern, das zu tun, auch wenn sie rechtlich dazu verpflichtet sind. Diesen Konflikt mit den eigenen Eltern wollen Viele verständlicherweise nicht führen.

Kontra Ein konkretes Problem ist auch der Wohnraum. Im Sommersemester 2026 kostete ein WG-Zimmer deutschlandweit im Schnitt bereits 512 Euro, in Baden-Württemberg oft noch mehr. Die Wohnkostenpauschale im BAföG liegt aber bei gerade mal 380 Euro. Wie soll das realistisch funktionieren?

Lina Seitzl Das funktioniert nicht und das ist ein echtes Problem. Deshalb wollen wir die Wohnkostenpauschale möglichst schnell anheben, eigentlich schon zum Wintersemester 2026/27 auf 440 Euro. Die letzte Anpassung erfolgte im WiSe 2024/25 – das ist also wirklich sehr dringend.

Ich finde aber auch wichtig, nicht nur über die Höhe der Pauschale zu sprechen, sondern generell über bezahlbaren Wohnraum für Studierende. Da glaube ich, ist es ganz wichtig, dass wir wieder stärker investieren in die Förderung von Studierendenwohnheimen und auch von Azubi-Wohnheimen. Das Bundesprogramm Junges Wohnen hilft hier – endlich investiert der Bund wieder in den Bau und die Sanierung von Wohnheimen.

Kontra Dann lass uns über die Reform sprechen, die jetzt kommen soll. Was würde sie konkret bringen, für Studierende, aber auch für Schülerinnen und Schüler?

Lina Seitzl Wir werden die Wohnkostenpauschale zum Wintersemester 2026/27 auf 440 Euro anheben, so wie es auch im Koalitionsvertrag vorgesehen ist. Außerdem werden wir den Grundbedarf schrittweise auf Grundsicherungsniveau anheben. Es ist aus meiner Sicht einfach nicht vermittelbar, warum BAföG Beziehende am Ende weniger bekommen sollen als Menschen in der Grundsicherung.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Dynamisierung der Freibeträge. Bisher musste dafür jedes Mal das Gesetz geändert werden. Bei anderen Sozialleistungen ist das nicht so, die steigen automatisch. Das wollen wir ändern und die Freibeträge jährlich anpassen, und zwar so, wie sich die

Lohnentwicklung gestaltet. Damit nicht wieder passiert, was viele Jahre passiert ist: dass Studierende de facto ihren Anspruch verloren haben, weil die Eltern nominell etwas mehr verdient haben, das BAföG aber stillstand.

Außerdem wollen wir die Antragsverfahren deutlich vereinfachen und weiter digitalisieren. Da ist auch das Land Baden-Württemberg in der Pflicht, das es immer noch nicht geschafft hat, eine digitale Akte in die BAföG-Ämter einzuführen. Die arbeiten noch immer mit Papierakten, andere Bundesländer sind da deutlich schneller. Und was das Schüler-BAföG angeht: Wer eine vollzeitschulische Ausbildung macht, kann ebenfalls BAföG bekommen und zwar als Vollzuschuss, der nicht zurückgezahlt werden muss.

Kontra Rund um die Reform gab es zuletzt aber auch einige Verwirrung: Wer finanziert das eigentlich, welches Ministerium ist zuständig? Was sagt dir das über den Stellenwert, den Bildungsförderung in dieser Koalition wirklich hat?

Lina Seitzl Wenn man in einer sehr angespannten Haushaltslage über Reformen spricht, die Geld kosten, und so eine BAföG-Reform kostet Geld, dann muss das zwischen Forschungsministerium und Bundesfinanzministerium ausgehandelt werden. Das hat ein bisschen länger gedauert.

Ich möchte regierungsinterne Prozesse nicht bewerten, aber ich bin sehr froh, dass mit dem Beschluss der Haushaltseckwerte klar ist, dass das BAföG finanziert ist und keine offenen Finanzierungsfragen mehr bestehen. Das Bundesfinanzministerium hat zusätzliche Mittel bereitgestellt, statt das Forschungsministerium aus dem bestehenden Etat zahlen zu lassen.

Und ich finde, genau das zeigt auch den Stellenwert des BAföG. Für uns als SPD-Bundestagsfraktion ist es die zentrale bildungspolitische Reform in dieser Legislaturperiode. Wenn wir über Generationengerechtigkeit reden, und das tun wir, dann ist das hier der Beweis, dass wir es ernst meinen.

Lina Seitzl ist Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und Mitglied im Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung. Sie vertritt den Wahlkreis Konstanz.

von Paulina Maria Rogg



FOTO: LINA SEITZL

EUROPA IST MEHR ALS GRENZEN UND MÄRKTE

Der 9. Mai steht jedes Jahr für die Idee eines vereinten Europas. Für viele ist Europa selbstverständlich geworden: offene Grenzen, gemeinsames Reisen, Austausch, Frieden. Doch gerade in einer Zeit, in der Nationalismus wieder lauter wird und rechte Kräfte in vielen Ländern an Einfluss gewinnen, wird deutlich, dass Europa mehr ist als ein politisches oder wirtschaftliches Projekt.

Europa ist eine politische Entscheidung. Eine Entscheidung für Demokratie, Solidarität und Zusammenarbeit.

*Für uns Sozialdemokrat*innen bedeutet Europa deshalb auch Verantwortung. Verantwortung dafür, soziale Gerechtigkeit nicht an nationalen Grenzen enden zu lassen. Verantwortung dafür, Menschenrechte zu verteidigen und jungen Menschen eine Zukunft in Freiheit und Sicherheit zu ermöglichen.*

Gerade junge Generationen erleben Europa oft als etwas Selbstverständliches. Gleichzeitig wächst bei vielen das Gefühl von Unsicherheit; durch Kriege, soziale Krisen und politische Spaltung.

Umso wichtiger ist die Frage, wie Europa wieder näher an die Menschen rücken kann und welche Vision progressive Kräfte für die Zukunft dieses Kontinents haben. Darüber habe ich, Anise Hatice Avan, mit Laura Wessbecher von „We are Europe“ gesprochen.

Kontra Europa wurde lange als Friedensprojekt verstanden. Glaubst du, dass junge Menschen heute noch eine emotionale Verbindung zu dieser Idee haben oder braucht Europa eine neue Erzählung?

Wessbecher Europa ist und bleibt ein Friedensprojekt und gerade wir in Deutschland sollten nie vergessen, was das historisch bedeutet. Dass Deutschland und Frankreich heute enge Partner sind, wäre nach zwei Weltkriegen für viele Generationen davor unvorstellbar gewesen. Diese europäische Einigung ist kein abstraktes politisches Projekt, sondern eine historische Erfolgsgeschichte.

Aber gleichzeitig stimmt: Für viele junge Menschen ist Frieden in Europa selbstverständlich geworden. Sie sind mit offenen Grenzen, Erasmus, Reisen ohne Passkontrollen und einem gemeinsamen europäischen Raum aufgewachsen. Dadurch fehlt manchmal das Bewusstsein dafür, wie außergewöhnlich das eigentlich ist.

Und genau deshalb braucht Europa heute zusätzlich eine neue Erzählung – nicht statt des Friedensnarrativs, sondern als Weiterentwicklung davon. Wir leben in einer multipolaren Welt mit autoritären Staaten, geopolitischen Konflikten und Kriegen direkt vor unserer Haustür. Gerade junge Menschen erleben über Social Media jeden Tag Krisen, Kriege und Unsicherheit. Viele merken: Kein europäisches Land wird diese Herausforderungen allein lösen können. Wir brauchen ein starkes, geeintes Europa, um unsere Demokratie, unsere Freiheit und unsere sozialen Werte zu verteidigen.

Gleichzeitig muss Europa wieder emotional greifbarer werden. Europa ist nicht nur ein Binnenmarkt oder eine Institution in Brüssel – Europa ist auch ein Lebensgefühl. Die Möglichkeit, überall zu studieren, zu arbeiten, Freundschaften über Grenzen hinweg zu schließen und sich europäisch zu identifizieren. Das alles ist so selbstverständlich geworden, dass wir oft vergessen, wie wertvoll es ist. Deshalb braucht es auch mehr politische Bildungsarbeit und mehr Räume, in denen junge Menschen Europa konkret erleben können.

Kontra Viele Menschen erleben Europa im Alltag eher als bürokratisch oder weit entfernt. Wie kann ein solidarisches Europa wieder greifbarer und persönlicher werden?

Wessbecher Europa wird oft nur dann sichtbar, wenn etwas nicht funktioniert oder wenn über komplizierte Regeln gesprochen wird. Dabei erleben wir Europa eigentlich jeden Tag – nur wird das selten so benannt. Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz, Reisefreiheit oder gemeinsame Standards entstehen nicht zufällig, sondern durch europäische

Zusammenarbeit. Ein solidarisches Europa wird greifbarer, wenn Menschen merken, dass Europa ihr Leben konkret verbessert. Das bedeutet: mehr soziale Sicherheit, faire Löhne, Investitionen in Bildung, bezahlbares Wohnen und gute Arbeitsbedingungen in ganz Europa. Europa darf nicht nur ein Wirtschaftsprojekt sein, sondern muss stärker als soziales Versprechen verstanden werden.

Gerade die Sozialdemokratie hat hier eine besondere historische Verantwortung. Schon 1925 hat die SPD die „Vereinigten Staaten von Europa“ gefordert. Internationale Solidarität war immer ein Kern sozialdemokratischer Politik – und das muss heute ganz selbstverständlich auch europäische Solidarität bedeuten.

Ich glaube, progressive Parteien und insbesondere die SPD müssen Europa wieder sichtbarer erklären und emotionaler vermitteln. Nicht technokratisch, sondern mit einer klaren Haltung: Europa schützt, verbindet und schafft Chancen. Dafür braucht es auch mehr europäische Öffentlichkeit, mehr Austausch zwischen jungen Menschen und mehr politische Präsenz vor Ort. Europa darf nicht nur in Brüssel stattfinden – Europa muss im Alltag der Menschen spürbar sein.

Kontra Rechtspopulistische Parteien gewinnen in vielen europäischen Ländern an Einfluss. Was muss progressive Politik tun, um dem etwas entgegenzusetzen?

Wessbecher Progressive Politik darf dem Rechtspopulismus nicht hinterherlaufen, sondern muss ihm klar widersprechen. Demokratie verteidigt man nicht, indem man rechte Narrative übernimmt, sondern indem man soziale Sicherheit schafft, Haltung zeigt und Menschen wieder Hoffnung gibt. Wir sehen gerade in Europa sehr deutlich: Autoritäre Politiker wirken oft stark, aber sie sind nicht unbesiegbar. Viktor Orbán zeigt zwar, wie Demokratien schrittweise ausgehöhlt werden können – gleichzeitig sehen wir aber auch in vielen Ländern, dass Menschen sich dagegen organisieren und Widerstand leisten. Demokratie lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürger aktiv werden. Deshalb braucht es einen starken antifaschistischen Konsens in Europa. Wenn demokratische Werte angegriffen werden, dürfen wir das niemals normalisieren. Gerade junge Menschen zeigen momentan in vielen europäischen Ländern, dass sie bereit sind, auf die Straße zu gehen und Demokratie zu verteidigen. Dieser gesellschaftliche Druck ist wichtig.

Aber Protest allein reicht nicht. Progressive Politik muss auch konkrete Antworten auf soziale Unsicherheit geben: bezahlbares Leben, sichere Jobs, gute Bildung und faire Chancen. Rechtspopulisten profitieren oft dort, wo Menschen das Gefühl haben, abgehängt oder nicht gehört zu werden. Deshalb müssen progressive Kräfte soziale Gerechtigkeit, demokratische Teilhabe und europäische

Solidarität zusammendenken.

Kontra Wenn du an die Zukunft Europas denkst: Welche Veränderungen braucht es dringend, damit Europa sozial gerechter und demokratischer wird?

Wessbecher Europa braucht jetzt mutige Reformen, weil wir in einer historischen Phase leben, in der schnelle und gemeinsame Entscheidungen entscheidend sind. Das wichtigste Reformprojekt ist aus meiner Sicht die Abschaffung des Vetorechts in zentralen Bereichen der EU. Einzelne Regierungen dürfen nicht dauerhaft die Handlungsfähigkeit Europas blockieren – gerade nicht in Zeiten von Krieg, geopolitischen Krisen und wachsendem autoritärem Einfluss.

Die aktuelle politische Situation zeigt auch: Wir haben ein Zeitfenster für Reformen, das genutzt werden muss. Gerade weil autoritäre Kräfte in Europa Druck machen, muss die EU demokratischer und handlungsfähiger werden.

Dazu gehört für mich auch: Das Europäische Parlament braucht endlich ein echtes Initiativrecht für Gesetze. Wenn wir Europa demokratischer machen wollen, dann müssen die direkt gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger mehr Macht bekommen.

Außerdem brauchen wir langfristig eine direkt gewählte europäische Kommission und transnationale Listen bei Europawahlen. Menschen sollten europäische Parteien und Kandidierende wählen können – nicht nur nationale Listen. Das würde eine echte europäische Öffentlichkeit stärken und das Gefühl fördern, gemeinsam über Europas Zukunft zu entscheiden.

Und sozial gerechter wird Europa nur, wenn wirtschaftliche Integration immer auch soziale Standards bedeutet: faire Mindestlöhne, starke Arbeitnehmerrechte, Investitionen in Klimaschutz und soziale Infrastruktur. Europa darf nicht nur stark nach außen sein – Europa muss auch nach innen gerecht sein.

Europa ist nicht selbstverständlich. Demokratie, Frieden und soziale Rechte waren nie einfach da, sie wurden erkämpft und müssen immer wieder verteidigt werden. Gerade deshalb braucht Europa heute mehr als bloße Verwaltung oder wirtschaftliche Zusammenarbeit. Es braucht Haltung. Es braucht Solidarität. Und es braucht Menschen, die bereit sind, für ein gerechteres Europa einzustehen.

Für uns Jusos ist klar: Die Zukunft Europas darf nicht von Angst, Abschottung und Nationalismus geprägt werden. Wir kämpfen für ein Europa, das sozial, demokratisch und antifaschistisch bleibt und das Hoffnung auf Fortschritt macht.

von Anise Hatice Ar

HÄNDE WEG VON KUBA?



Am 1. Mai habe ich auf einer Demonstration mehrfach die kubanische Flagge gesehen mit der Aufschrift „Hände weg von Kuba“, die Menschen geschwungen haben, die nichts mit diesem Land zu tun haben. Das hat mich ehrlich gesagt befremdet. Ja, man muss kein Kubaner sein, um auf das Völkerrecht zu verweisen oder den amerikanischen Eroberungsgedanken und Kolonialfantasien eine Absage zu erteilen, aber es hat für mich ein Geschmäcke. Die Situation ist nämlich komplexer und Kuba als kommunistisches Paradies zu verklären - wie manch eine*r in der linken Bubble vor allem links von uns - hat rein gar nichts mit der Lebensrealität der Kubaner*innen zu tun. Kuba ist kein sozialistisches Wunder. Kuba ist ein Beispiel für den Sozialismus, den wir nicht wollen. Unkontrollierte Macht - konzentriert auf eine reiche Elite, die sich Regierung nennt und das Land ausblutet. Um es mit den Worten Rosa Luxemburgs zu sagen: „Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie“.

Vielleicht zu Beginn zu Kuba und warum ausgerechnet ich dazu schreibe: Kuba wird häufig als positives Beispiel für den Sozialismus inszeniert. Linke tragen T-Shirts von Che Guevara – einem sozialistischen Revolutionskämpfer und feiern ein Land, in dem die Mehrheit nichts zu feiern hat. Nach dem Gelingen der sozialistischen Revolution in Kuba 1959 hat sich die Situation zunächst verbessert. Die Alphabetisierungsrate nahm zu, die Gesundheitsversorgung verbesserte sich und soziale Ungleichheiten wurden geringer. Gleichzeitig gab es Repressionen für Andersdenkende. Doch Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden, oder nicht? Der Sozialismus in Kuba war also alles andere als demokratisch und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 auch nicht länger besonders erfolgreich. Nicht nur das US-Embargo als Reaktion auf die Enteignung amerikanische Unternehmen durch Fidel Castro 1960, sondern auch die inkompetente Regierung sind verantwortlich für die prekäre Situation in Kuba.

Meine Mutter kam mit 18 Jahren aus Kuba nach Deutschland auf der Suche nach einem besseren Leben, einer besseren Zukunft. Sie ließ dafür ihre Familie zurück, die heute noch dort lebt, ihr zu Hause und ihr Land. Ich war mehrmals dort - im touristischen Varadero, in Havanna, in Cárdenaz, in Colón. Ich habe die extreme Armut, von der 89% der Kubaner*innen betroffen sind, gesehen. Ich habe den Kontrast auf den Straßen Havannas von 5 Sterne Hotels und anreihenden einsturzgefährdeten Wohnkomplexen, in denen trotzdem noch Menschen wohnen, gesehen. Deswegen maße ich mir aber kein Gesamturteil über Kuba an. Ich bin umso überraschter, dass Menschen mit weniger Bezug zu diesem Land urteilen.

Die Drohung vom Möchtegern-Diktator Trump hat dem kubanischen Volk – oder zumindest einem großen Teil davon – Hoffnung verliehen. Eine Hoffnung, die wir in Venezuela und in dem Iran auch gesehen haben. Das Gefühl, dass sich etwas verändern muss - grundsätzlich, schnell, egal durch wen. Den Venezolaner*innen war es größtenteils egal, dass es Trump nicht um sie geht, wenn sie durch ihn trotzdem an Freiheit gewinnen. Den Iraner*innen ging es ähnlich. Obwohl es sich um einen Völkerrechtsbruch handelt und es nicht wenige zivile Opfer durch amerikanische Bomben gab, sind sie feiernd auf die Straße gegangen. Das Feiern wurde allerdings zunehmend weniger, Repressionen nahmen zu, das Regime ist nicht gefallen und Putin kann sich über die Ölpreise freuen. Die amerikanische Intervention in Venezuela hat de facto nichts Grundlegendes verändert und wenig verbessert. Der amerikanische völkerrechtswidrigen Angriffskrieg im Iran hat sogar vieles verschlechtert. Doch gibt es diesen Wunsch nach Veränderung, diesen unbeantworteten Hilferuf an die Welt und die Frage, wie wir mit Diktaturen umgehen auf dieser Welt, unter denen die Bevölkerungen leiden.

Im Völkerrecht gibt es die Möglichkeit der humanitären Intervention mit einem UN-Mandat. Problem: Dafür braucht es die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates, welchem China und Russland auch angehören. Wenn also Diktaturen ihre Freunde, (es sind Männer), auf der Welt schützen und sich selbst nicht mehr daran halten, wie soll der Schutz der Unterdrückten dann im Rahmen des Völkerrechts umgesetzt werden? Wenn nur noch Demokratien sich an das Völkerrecht hielten, welche Bedeutung hätte es dann noch? Eigentlich keine. Wenn nicht mal Demokratien sich an das Völkerrecht halten, erst recht keine. Daraus folgt ein Appell, vehement für das Völkerrecht einzustehen. Dann klappt es vielleicht das nächste Mal bei der Bewerbung für den UN-Sicherheitsrat.

Trotzdem ist das zentrale Gegenargument gegen den amerikanischen Angriffskrieg nicht zwingend das Völker-

recht, sondern, dass es nicht gebrochen wird von den USA, um die Menschen aus der Unterdrückung zu befreien. Kriege im Namen der Demokratie sind in der Regel immer Bullshit. Dennoch verkümmert das Völkerrecht zunehmend zu einem Schutzschild für Diktatoren, wenn es Befreiung von außen per se für völkerrechtswidrig erklärt. Was, wenn unsere Moral am Ende diejenigen schützt, die wir eigentlich bekämpfen wollen?

Versteht mich nicht falsch. Das Völkerrecht ist eines der größten zivilisatorischen Errungenschaften unserer Zeit und westliche Demokratien können es nicht einfordern, wenn es um den russischen Angriffskrieg geht und ignorieren, wenn es um den Iran, Venezuela oder Palästina geht. Das beschädigt unsere ohnehin schon angeschlagene Glaubwürdigkeit im Rest der Welt. Während es Flexitarier*innen gibt, hat Fritze Merz als Flexivölkerrechtsanhänger diese angeschlagene Glaubwürdigkeit torpediert und mit in die Tiefen seiner Umfragen gerissen.

Aber was machen wir jetzt, wenn wir unerträgliche Ungerechtigkeit sehen, wenn wir von ihr wissen? Zuschauen? Ich finde es zynisch und ziemlich arrogant, wenn Politiker*innen, die noch nie für eine Freiheit kämpfen mussten, in warmen Studios fordern, „die sollten auf die Straße gehen“. Das wird auch von den Kubaner*innen gefordert.

Sie sind auf die Straße gegangen in der Vergangenheit, haben ein oder zwei Mal 30 Sekunden in der Tagesschau bekommen und wurden dann wieder ignoriert. Wenn Friedrich Merz meint, dass Kuba egal sei, weil keine Gefahr für Drittstaaten ausgehe, dann widerspricht ihm niemand. Die Gefahr für die kubanische Zivilbevölkerung dieses Inselstaates interessiert kein Schwein. Es gibt keine Hoffnungsfigur, keine oppositionelle Kraft, Widerstand wird sofort im Keim erstickt und die Menschen hungern, jeden verdammten Tag. Wie soll Kuba sich aus eigener Kraft befreien?

„Hände weg von Kuba“ greift deswegen einfach zu kurz. Vor allem wenn die Kubaner*innen um Hände flehen, die ihr Leben verbessern. Ich habe keine abschließende Antwort. Ich glaube, wir müssen uns die Fragen stellen, wie wir mit dem moralischen Dilemma, das aus dem Völkerrecht resultiert umgehen wollen, nicht zwangsläufig allein als Jusos Baden-Württemberg, sondern als Teil einer linken Bewegung, die aufpassen muss, am Ende nicht die Falschen zu schützen. „Hoch die internationale Solidarität“ darf nicht rhetorisch bleiben.

von Leandro Ceddia

DIE MÄNNERQUOTE ODER: „EUCH FRAUEN GEHT ES DOCH GUT GENUG, ODER?“



„... früher war es verboten, Frauen allein wegen ihres Geschlechts einzustellen. Heute wird es wohl zur Pflicht. Quoten nützen übrigens nur unqualifizierten, dummen, faulen, hässlichen und widerwärtigen Frauen [...]“ Heiner Merz, AFD-Politiker, 2018.

Und obwohl dieses Zitat verjährt scheinen mag und sich vielleicht ein gesellschaftlicher Konsens eingestellt haben könnte, dass Frauenquoten einen unternehmerischen Vorteil bringen und nicht nur die angebliche Benachteiligung

des Mannes, scheint Feminismus im Jahr 2026 noch immer eine Bedrohung darzustellen.

Etwas, hinter dem sich eigentlich Männerhass versteckt. Etwas Unnötiges, schließlich sind Mann und Frau* laut Artikel 3 des Grundgesetzes schon längst gleichberechtigt.

Etwas Unfares, denn Frauen* werden vom System bevorzugt- schließlich machen sie durchweg bessere Abschlüsse, und momentan ist es ja eigentlich der weiße Mann,

der eine marginalisierte Gruppe darstellt.

Aber all diese Einwände übersehen etwas Grundlegendes. Sie gehen davon aus, dass der Ausgangszustand neutral sei. Dass eine Quote den neutralen Zustand zugunsten von Frauen* verzerren würde. Als ob es gar keine Probleme gäbe, denn: Euch geht es doch schon gut genug, oder?

Dabei handelt es sich nicht um einen neutralen Ausgangszustand, der nicht zwischen Mann und Frau unterscheiden würde. Der gesellschaftliche Ausgangspunkt ist selbst schon verzerrt.

Um wahre Gleichberechtigung zu erlangen brauchen wir nicht nur das Sichtbarwerden von Lücken, in denen Frauen fehlen und Quoten und Bildungsarbeit, die diese Lücken korrigieren. Wir müssen auch die Männerquote anerkennen, jene unsichtbare Normalität, die den Mann als Standard, als Default, auserkoren hat.

Hier liegt die Begründung, weshalb Feminismus bedrohlich wirkt. Die Männerquote, der Zustand in dem Männer Männer bevorzugen, bei dem immer gefragt wird „warum eigentlich eine Frau?“ aber nie „warum ein Mann?“, der Zustand in dem das generische Maskulinum nicht nur die Sprache, sondern das Denken bestimmt und das Patriarchat weiterlebt.

Das Privileg ein Mann zu sein wird genau hier vom Feminismus angegriffen. Ein Privileg, das nie als ein solches verstanden wurde, sondern als gerechte Normalität. Wenn dieses Privileg entzogen wird, fühlt es sich an wie Ungerechtigkeit, denn viele Männer wissen gar nicht, dass Mann sein ein Privileg ist.

Hierbei muss man die Männer in Schutz nehmen. Viele von ihnen verstehen gar nicht, dass ihre Normalität nicht auch die Realität für andere Menschen darstellt. Durch diese Bildungslücke kommt jedoch oft kein Dialog zustande.

Denn während viele Männer die Welt als gerecht und ausgeglichen wahrnehmen, sieht die Realität für Frauen* anders aus. Sie erleben enorme Lücken zwischen rechtlicher Gleichstellung und echten Lebensrealitäten. Lücken im Gender Pay Gap, Gender Wealth Gap und der Altersarmut. In der „Teilzeitfalle“, der ungleichen Verteilung von Care-Arbeit und der gläsernen Decke in Politik und Beruf. Im Gender Health Gap und Gender Data Gap, in der Unterversorgung bei Krankheiten wie Endometriose oder PCOS und in der Tatsache, dass der männliche Körper noch immer häufig als gesellschaftlicher und medizinischer Standard gilt. Sie zeigen sich in sexistischer medialer Berichterstattung, in den doppelten Standards, Catcalling, digitaler und sexualisierter Gewalt bis hin zu Femiziden, und die Liste geht weiter und weiter. Diese Liste drückt aus, dass rechtliche Gleichberechtigung eine Selbstverständlichkeit sein sollte

und dennoch kein Garant dafür ist, dass Geschlecht nicht maßgeblich über Sicherheit, Gesundheit, Einkommen, politische Teilhabe und Zukunftschancen entscheidet.

Wie passt das zusammen? Auf der einen Seite stehen Frauen*, die täglich mit diesen Lücken kämpfen. Auf der anderen Seite stehen Männer, die Chancen gleich verteilt sehen und sogar versuchen Missstände zu leugnen oder herunterzuspielen, sich vielleicht selbst sogar benachteiligt sehen. Der Grund für diese Wahrnehmungslücken liegt nicht in böser Absicht, sondern an der fehlenden Perspektive, von der die Männer nicht einmal wissen, dass es sie gibt.

Donald Rumsfeld beschreibt das in seiner Wissensmatrix auch als „unknown unknowns“. Es gibt Wissen, von dem wir uns gar nicht bewusst sind, dass es uns fehlt. Es bedarf einer gewissen Bescheidenheit und der Erkenntnis, dass es naiv ist sich rauszunehmen Sachverhalte zu beurteilen, bei denen einem die Perspektive und entsprechende Lebenserfahrung fehlt.

Diesem Problem begegnen jedoch tatsächlich nicht nur Männer. Es sind auch Frauen, allen Alters und aller Herkunft, die (noch) nicht in der Lage sind, die strukturellen Defizite anzuerkennen und sich dafür einzusetzen. Vor allem, weil sie selbst von Privilegien profitieren, von denen sie noch nicht einmal wissen, dass sie sie haben. Manche Frauen* denken, sie stünden über ihrer eigenen Weiblichkeit. Dass die Diskriminierung, die anderen widerfährt, aus eigener Unzulänglichkeit entsteht. Weil man selbst hat es ja geschafft, man spürt die Nachteile des Frau-seins nicht, in den meisten Fällen ist man womöglich sogar sehr gern eine Frau. Doch auch sie sind Opfer des „unknown unknown“: Die Privilegien machen blind für die Perspektive, die einem fehlt.

Und genau deshalb braucht unsere Gesellschaft Feminismus, Quoten, den Female Rage und die Empörung über die strukturelle Ungerechtigkeit. Nur wenn wir die unsichtbare Männerquote anerkennen, als das, was sie ist: ein Ungleichgewicht, das Männer strukturell bevorzugt; dann kann sich etwas verändern. Dann kann Feminismus mehr sein als eine „Bedrohung“, ein verschleierter Männerhass, eine unfaire Glorifizierung der Frau*.

Doch die Fähigkeit sich in die Perspektiven von Menschen hineinzusetzen, die weit entfernt von der eigenen sind, ist anspruchsvoll und bedarf Empathie. Vor allem aber den Willen und die Sensibilisierung, dass es sich lohnt die Augen, die Ohren und das Herz aufzumachen, um zu verstehen, was einem im Leben der anderen entgeht. Realität zu verändern, heißt diese Veränderung zu leben. Es reicht nicht einfach anzunehmen, dass Gerechtigkeit und Gleichberechtigung jedem schon zur Verfügung stehen.

von Rachel Sprio

KEIN MINDESTLOHN FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG IN WERKSTÄTTEN FÜR BEHINDERTE



Die Inklusion von Menschen mit Behinderung in einen gewöhnlichen Alltag ist nicht nur ein soziales Thema, sondern auch durch das Grundgesetz, die UN-Behindertenrechtskonvention und Europarecht geschützt.

Dementsprechend sollte es normal sein, dass Menschen mit einer Behinderung im Arbeitsalltag gut integriert wird. Dafür werden Menschen mit Behinderungen häufig in Werkstätten für behinderte Menschen eingestellt. Zudem ist im

Mindestlohngesetz geregelt, dass einen Mindestlohn für alle Arbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer gewährleistet.

Leider wurde aufgrund des Paragraphen § 221 des neunten Sozialgesetzbuches eine Lücke geschaffen, die auf arbeitsähnliche Beschäftigungsverhältnisse statt einem normalen Arbeitnehmerverhältnis verweist. Der Unterschied besteht lediglich in der gesetzlichen Bedeutung. Denn arbeitnehmerähnliche Personen verrichten ebenso ihre produktive Arbeit, jedoch muss ihnen nicht mehr der Mindestlohn gezahlt werden.

Dadurch werden geschätzt bis zu 300.000 Betroffene nicht nach Mindestlohn bezahlt. Der Unterschied ist gravierend. Während die Betroffenen, trotz hoher Arbeitszeit oft unter einem Lohn von 300 € pro Monat bleiben, wäre der Verdienst mit Mindestlohn deutlich höher. So sind Menschen mit Behinderungen teils Vollzeit in einer Werkstätte angestellt. Um den Lebensunterhalt zu ermöglichen, beziehen die Betroffenen Sozialleistungen wie die Grundsicherung. Das Fazit daraus: Inklusion wird unterbunden. Die Wertschätzung fehlt. Die staatlichen Ausgaben werden erhöht, statt mehr Einnahmen zu genießen. Und das wegen der Ausnahme im Sozialgesetzbuch, welche im Gegensatz zu dem Grundgesetz Art. 3, Abs. 3, S. 2 steht. Darin wird klar formuliert, dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf.

Nun stellt sich die Frage, warum eine solche widersprüchliche Gesetzgebung immer noch besteht. Letztlich kann nicht jeder einfach eine Klage erheben, sondern sich nur Betroffene gegen solche Gesetze wehren, indem sie klagen. Das ist mit sehr viel Aufwand und vor allem Kosten verbunden. Menschen mit Behinderungen fällt es deshalb sehr schwer eine Klage durchzuführen. Aktuell läuft nach einer Reportage ein Gerichtsverfahren. Der Betroffene wird durch Vereine bei der Klage unterstützt, der Ausgang ist gegenwärtig noch unklar.

Als soziale Gemeinschaft, darf Inklusion jedoch nicht nur von Betroffenen verteidigt und erstritten werden. Es gilt gemeinsam für ein Miteinander zu wirken. Deshalb sollten Änderungen unabhängig der Klage erfolgen, um Menschen mit Behinderungen als Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer entsprechend dem Mindestlohngesetz einzustufen und ihnen einen fairen Lohn bieten.

An dieser Stelle soll ein Kritikpunkt zu diesem Vorhaben angemerkt werden. Wirtschaftlich wäre es für Werkstätten für behinderten Menschen eine Herausforderung die Personalkosten deutlich zu erhöhen, wenn gleichzeitig die Produktivität ggf. reduziert wird. Hier muss differenziert werden, ob sich die Personen in einer Rehabilitation mit Ziel

der Rückkehr in den Arbeitsmarkt befinden oder in einer dauerhaften Beschäftigung in einer entsprechenden Einrichtung. Für Betroffene mit dem Ziel einer Rückkehr in den Arbeitsmarkt, ist auch eine Überbrückung z. B. durch Krankengeld denkbar. Denn auch die Betreuung der betroffenen Menschen darf nicht unter dem Arbeitsdruck leiden.

Bei einer verlängerten Dauer der Rehabilitation oder dauerhaften Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen, wird zunehmend auch die Einbeziehung in den Arbeitsmarkt gefordert. So kann die Produktivität gesteigert werden, was zum einen die Inklusion generell fördert und gleichzeitig auch einen wirtschaftlichen Vorteil hätte. Menschen mit Behinderungen sollten zudem nicht mit dem Beantragen von Sozialleistungen zusätzlich belastet werden. Sie sollen am Leben teilhaben und weil sie ebenso anstrengende Arbeitstage haben, sind sie entsprechend zu entlohnen. Wer hart arbeitet, hat auch ein Recht auf faire Entlohnung. Unabhängig von Beeinträchtigungen und Fertigkeiten.

Menschen mit Behinderung sollen mit ihrer Arbeit einen wertschöpfenden Beitrag für sich und für alle generieren. Die langwierige Integration in den Alltag ist für viele schwierig und anstrengend. Dabei sind sie auf Betreuung und Unterstützung angewiesen. Damit diese Personen während ihrer Integration in den Alltag nicht unter Druck stehen, eine bestimmte wirtschaftliche Leistung erbringen zu müssen, sollte ein besonderer Arbeitsschutz für Menschen mit Behinderungen bestehen. Eine staatliche Unterstützung sollte hier rechtlich und finanziell erfolgen. Denn wir sind an das Grundgesetz, die UN-Behindertenkonvention und das Europarecht gebunden. Und gleichzeitig ist eine finanzielle Unterstützung besser als eine vollständige Grundsicherung mit allen zusätzlichen Sozialleistungen. Von der moralischen Verpflichtung ganz zu schweigen.

Was wir also benötigen, ist nicht nur eine einfache Gesetzesänderung. Wir benötigen umfassende Reformationen, um Menschen mit Behinderungen in den Alltag fair und respektvoll zu integrieren. Dabei sollen sie auch die finanzielle Entlohnung als Wertschätzung ihrer Arbeit erhalten.

von Felix Wittmann

WENN FRAUEN STERBEN, WEIL SIE FRAUEN SIND

Immer wieder lesen wir Schlagzeilen über Frauen, die von ihren Partnern oder Ex-Partnern getötet werden. Oft werden solche Taten als „Familiendrama“, „Beziehungstat“ oder „Eifersuchtsdrama“ bezeichnet. Doch diese Begriffe verschleiern häufig die eigentliche Realität. Viele dieser Taten sind Femizide. Ein Femizid bezeichnet die Tötung einer Frau aufgrund ihres Geschlechts, weil sie eine Frau ist oder weil sie sich den Erwartungen, der Kontrolle oder der Gewalt eines Mannes entziehen wollte. Hinter jedem Femizid steht eine Geschichte von Macht, Kontrolle und Gewalt. Und hinter jeder Zahl steht ein Mensch mit Träumen, Plänen und einem Leben, das gewaltsam beendet wurde.

Gewalt beginnt nicht erst mit dem Mord

Wenn über Femizide gesprochen wird, entsteht manchmal der Eindruck, als kämen diese Taten plötzlich und unerwartet. Doch in vielen Fällen geht ihnen eine lange Geschichte von Gewalt voraus. Psychische Gewalt, Beleidigungen, Kontrolle, Isolation, Drohungen oder körperliche Übergriffe sind oft erste Warnsignale. Viele Betroffene leben über Jahre in Angst. Häufig fällt es ihnen schwer, Hilfe zu suchen. Manche fürchten weitere Gewalt. Andere haben finanzielle Sorgen oder Angst um ihre Kinder. Wieder andere glauben, dass ihnen niemand helfen wird. Deshalb ist es wichtig zu verstehen: Gewalt gegen Frauen beginnt nicht erst dort, wo sie sichtbar wird, sie beginnt oft viel früher!

Ein gesellschaftliches Problem

Gewalt gegen Frauen ist kein privates Problem einzelner Familien. Sie ist ein gesellschaftliches Problem. Noch immer erleben viele Frauen Belästigung, sexuelle Gewalt oder Partnerschaftsgewalt. Gleichzeitig werden Betroffene häufig mit Fragen konfrontiert wie: „Warum ist sie nicht früher gegangen?“ oder „Warum hat sie sich das gefallen lassen?“ Solche Fragen verschieben die Verantwortung auf die Opfer. Die eigentliche Frage muss lauten: Warum üben Menschen Gewalt aus? Und was können wir als Gesellschaft tun, um

Betroffene besser zu schützen? Prävention, Aufklärung und ausreichende Schutzangebote sind dabei entscheidend.

Schutz darf kein Glücksfall sein

Wer vor Gewalt flieht, braucht einen sicheren Ort. Frauenhäuser leisten dabei eine unverzichtbare Arbeit. Sie bieten Schutz, Beratung und Unterstützung für Frauen und ihre Kinder. Doch vielerorts fehlen Plätze und Betroffene müssen oft lange nach einem freien Schutzraum suchen. Schutz vor Gewalt darf jedoch nicht vom Wohnort oder von verfügbaren Kapazitäten abhängen.

Jede Frau, die Hilfe sucht, muss sie auch erhalten können! Ebenso wichtig sind Beratungsstellen, Opferschutzorganisationen und Hilfetelefone. Sie bieten Unterstützung, begleiten Betroffene bei rechtlichen Schritten und helfen dabei, neue Perspektiven zu entwickeln.

Hinschauen statt wegsehen

Gewalt geschieht häufig nicht im Verborgenen. Freundinnen, Nachbarinnen, Kolleg*innen oder Familienmitglieder bemerken oft Veränderungen, ziehen sich jedoch aus Unsicherheit zurück. Doch Wegsehen schützt niemanden. Eine solidarische Gesellschaft bedeutet auch, aufmerksam zu sein, Warnsignale ernst zu nehmen und Betroffene zu unterstützen. Feminismus bedeutet deshalb nicht, Frauen gegen Männer auszuspielen. Feminismus bedeutet, für eine Gesellschaft einzutreten, in der alle Mensch-en frei von Gewalt, Angst und Unterdrückung leben können.

Jede Frau hat das Recht auf Sicherheit. Jedes Kind hat das Recht, ohne Gewalt aufzuwachsen. Und jede Gesellschaft trägt die Verantwortung, diese Rechte zu schützen. Solange Frauen aus Angst ihr Verhalten anpassen müssen, solange Betroffene keinen ausreichenden Schutz finden und solange Femizide stattfinden, ist Gleichberechtigung nicht erreicht. Deshalb ist Feminismus keine Frage der Ideologie. Er ist eine Frage der Menschenrechte.

